



Kantonsrat vom 25. Februar 2016 / Votum Rupan Sivaganesan
Interpellation von Manuel Brandenberg und Markus Hürlimann betreffend Versachlichung
der gegenwärtigen Flüchtlingsdiskussion (Vorlage Nr. 2555)

Geschätzter Kantonsratspräsident
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen,

Die InterpellantInnen monieren das Fehlen von Sachlichkeit, Sachverstand und Realitätsnähe in der öffentlichen, politischen Diskussion über Flüchtlinge. Mit dem von Ihnen eingereichten Vorstoss möchten sie Klarheit schaffen und beabsichtigen, die gegenwärtigen Fakten in der aktuellen Flüchtlingskrise in Bezug auf die Schweiz zu verdeutlichen.

Wir erfahren tagtäglich über verschiedenste Medienkanäle über die unvorstellbare Anzahl von Menschen, die sich auf der Flucht befinden. Auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung oder unzumutbaren Lebensumständen in ihren Heimatländern. Gemäss aktuellen Zahlen der UNO befanden sich im ersten Halbjahr 2015 mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Das heisst, dass global gesehen einer von 122 Menschen ein Flüchtling, eine intern vertriebene oder Asylsuchende Person ist.

Es handelt sich hierbei insbesondere um Menschen aus den Herkunftsländern Syrien, Afghanistan, Eritrea und weitere mehr, die im Moment die bedauerliche Statistik anführen, weil in ihren Ländern Krieg herrscht oder autoritäre Regimes an der Macht sind. Eine genaue Aufschlüsselung der Länderzugehörigkeiten bezüglich etwa der dem Kanton Zug zugeteilten Asylsuchenden hat der Regierungsrat in seiner Antwort zur oben genannten Interpellation vorgenommen.



Wenn Länder hingegen diesbezüglich unter die Lupe genommen werden, wie viele Flüchtlinge aufgenommen werden, zählt kein zentraleuropäisches und wirtschaftlich besser gestelltes Land dazu. Es sind dies Länder wie die Türkei, Pakistan, der Libanon, Iran und Jordanien. Im Libanon sind innerhalb kurzer Zeit zur Bevölkerung von 4.3 Millionen über eine Million Syrische Flüchtlinge hinzugekommen, in Jordanien auf 6 Millionen EinwohnerInnen eine halbe Million SyrerInnen, in der Türkei sind fast 2 Millionen Flüchtlinge aus Syrien registriert. In ganz Europa wurde bisher ca. 350'000 Syrische Flüchtlinge aufgenommen, vornehmlich in Deutschland und Schweden. Europäische Länder rufen zur Zeit nach Obergrenzen und auch Bundesrat Schneider Amman lässt Ende Januar verlauten, dass die Schweiz bei der Aufnahme von Asylsuchenden an ihrer Kapazitätsgrenze angekommen sei. In Bezug zur Asylpolitik in der Schweiz sprechen wir hier insgesamt von gerade mal ca. 35.000 Menschen. 35.000 Menschen welche nach einer gefährlichen Reise auf zwangsläufig meist illegalen Wegen den Asylantrag in der Schweiz stellen. Auch diese Zahlen sind Realitäten.

Gemäss Art. 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte jeder Mensch das Recht, in einem anderen Land vor Verfolgung Asyl zu suchen und wenn er seine Schutzbedürftigkeit ausweisen kann, auch zu geniessen. Natürlich gibt es Asylmissbrauch, er ist gegenwärtig und wird betrieben. Dies möchte ich nicht schön reden. Aber wenn wir dem keinen Einhalt gebieten, was gegenwärtig geschieht, dass überall in Europa Zäune hochgezogen werden, leiden die betroffenen Menschen, die Anrecht auf Schutz haben, noch stärker als sie es bereits tun. Die Fluchtwege werden mit hohen Zäunen und scharfen Kontrollen noch prekärer.



Bereits jetzt ertrinken gemäss UNO seit September 2015 durchschnittlich zwei Kinder pro Tag im Mittelmeer, und dies trotz der kalten Jahreszeit. Es werden bald noch mehr werden. Und es wird denjenigen in die Hände gespielt, die aus dem Elend und der Verzweiflung von Flüchtlingen Profit schlagen, etwa international agierende Schlepperbanden. Sie machen jetzt noch mehr Profit. Die Reise von Syrien nach Europa, wofür bereits jetzt mehrere 1000 Schweizer Franken pro Kopf ausgelegt werden müssen, wird noch teurer werden.

Deshalb, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, muss das menschenverachtenden Handwerk der Schlepper beendet werden. Schlepperbanden müssen bekämpft und nicht Menschen, die in der Hoffnung auf eine friedliche Zukunft unterwegs sind, zurückzuhalten werden. In der gegenwärtigen Situation gibt es keine Möglichkeit für Flüchtlinge auf legalem Weg nach Europa einzureisen. Daraus entsteht noch mehr Prekarität. Leider haben auch wir in der Schweiz im Jahr 2013 als letztes Land in Europa den legalen Weg mittels Botschaftsasyl abgeschafft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.